

Der Bayerische Mittelstand vor der Bundestagswahl 2005



Aufbruchsstimmung ...

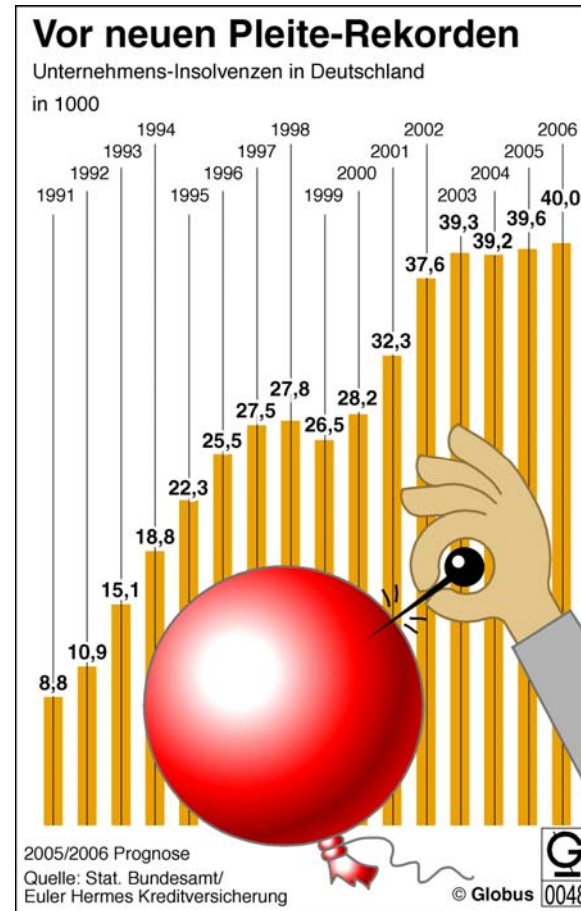
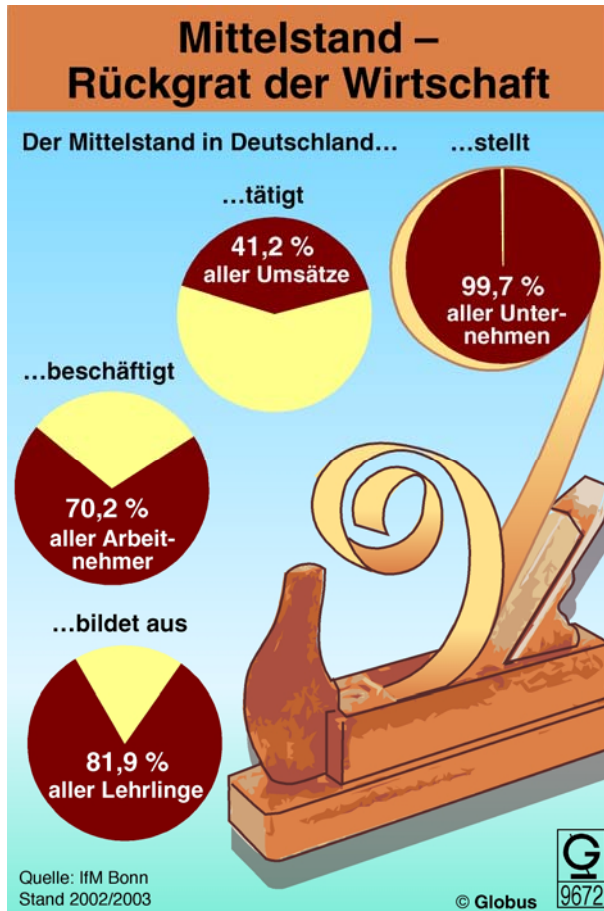
... oder nur Illusion?



Bund der Selbständigen
Deutscher Gewerbeverband
Landesverband Bayern e.V.



Der Mittelstand – die Säule unserer Wirtschaft

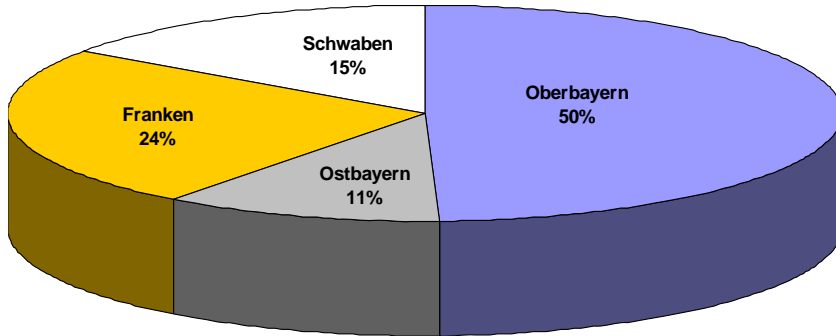


Rahmendaten zur Umfrage

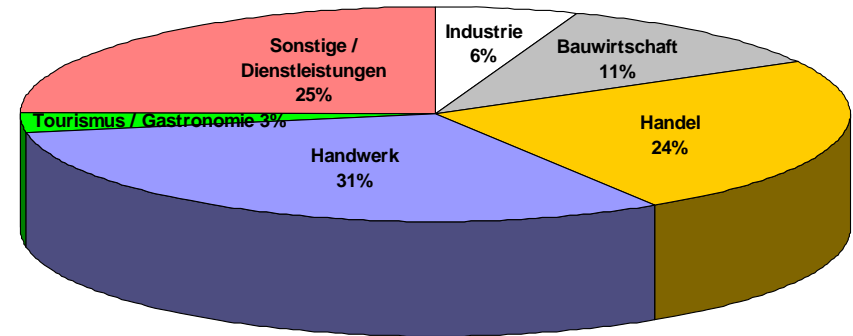
- Einseitiger Fragebogen
 - In der Regel geschlossene, standardisierte Fragen
 - Sieben Fragen insgesamt
 - 450 ausgefüllte Fragebögen ausgewertet
-
- Politische Handlungsbereiche und –felder (Positivliste)
 - Zufriedenheit mit der derzeitigen Bundesregierung
 - Vertrauen zu Parteienkonstellationen (Wahlverhalten)
 - Fehler der Politik (Negativliste)
 - Unternehmensspezifikation (Repräsentativität)
-
- Repräsentativ, bezogen auf die BDS/DGV-Mitgliederstruktur
 - Kleinstunternehmen unterrepräsentiert, bezogen auf Bayern

Unternehmensspezifikation

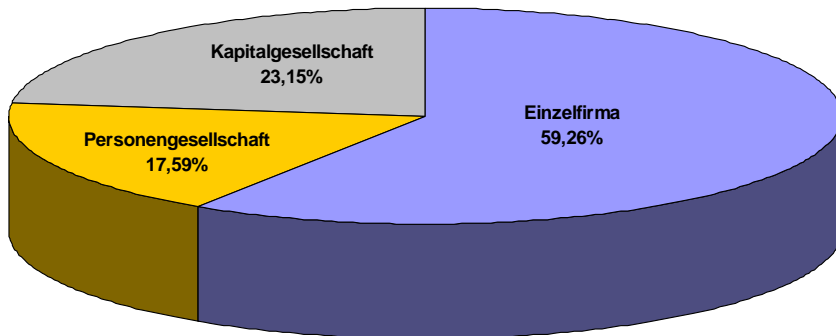
Unternehmenssitz
(n = 442)



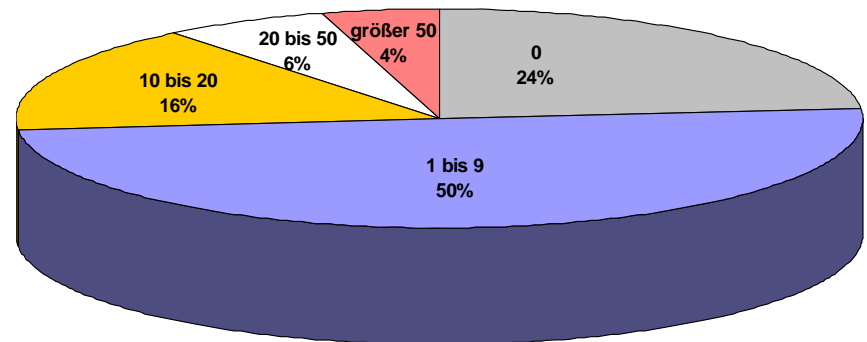
Branchenzugehörigkeit
(n = 412)



Rechtsform
(n = 432)

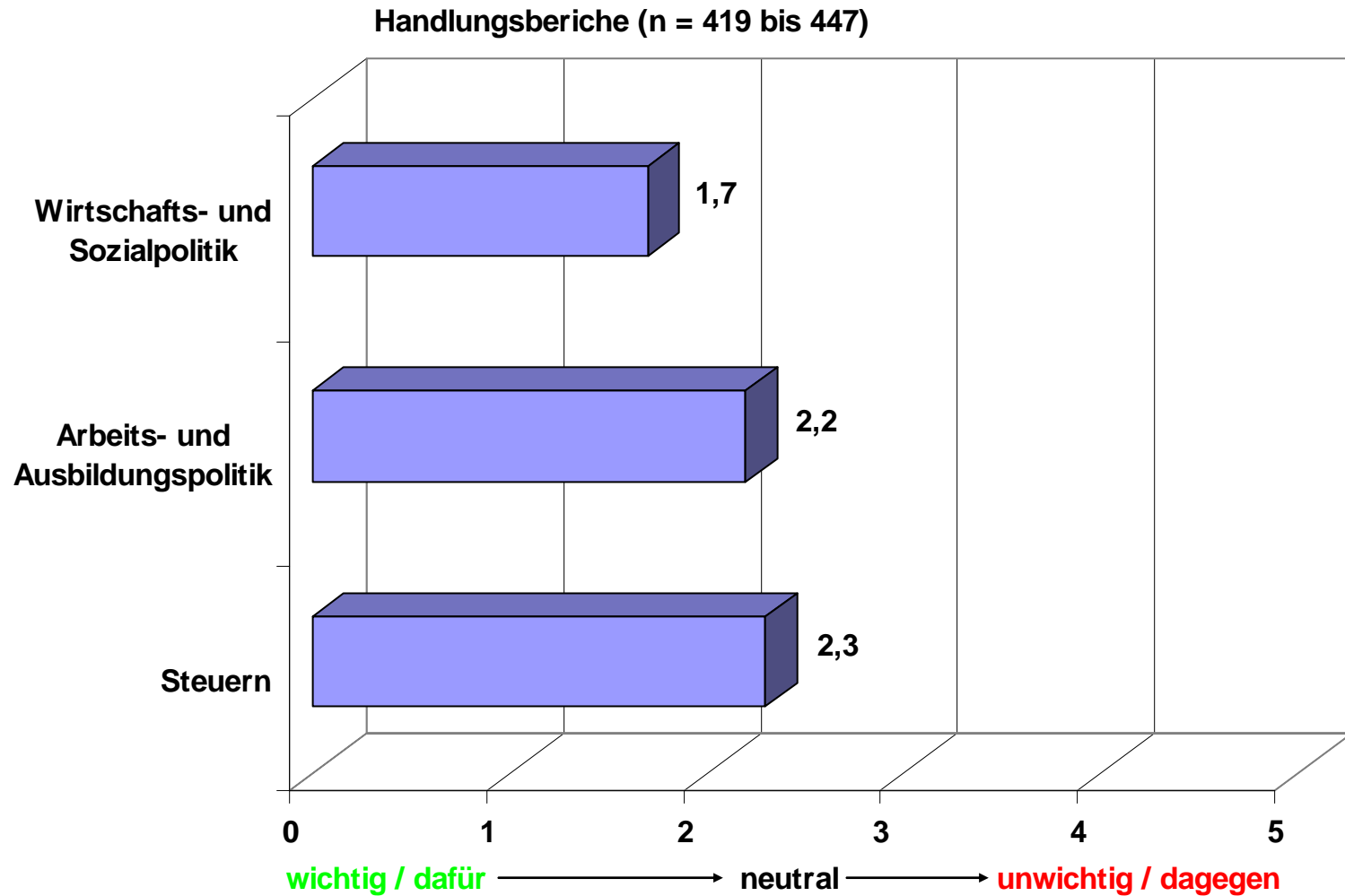


Mitarbeiterzahl
(n = 450)



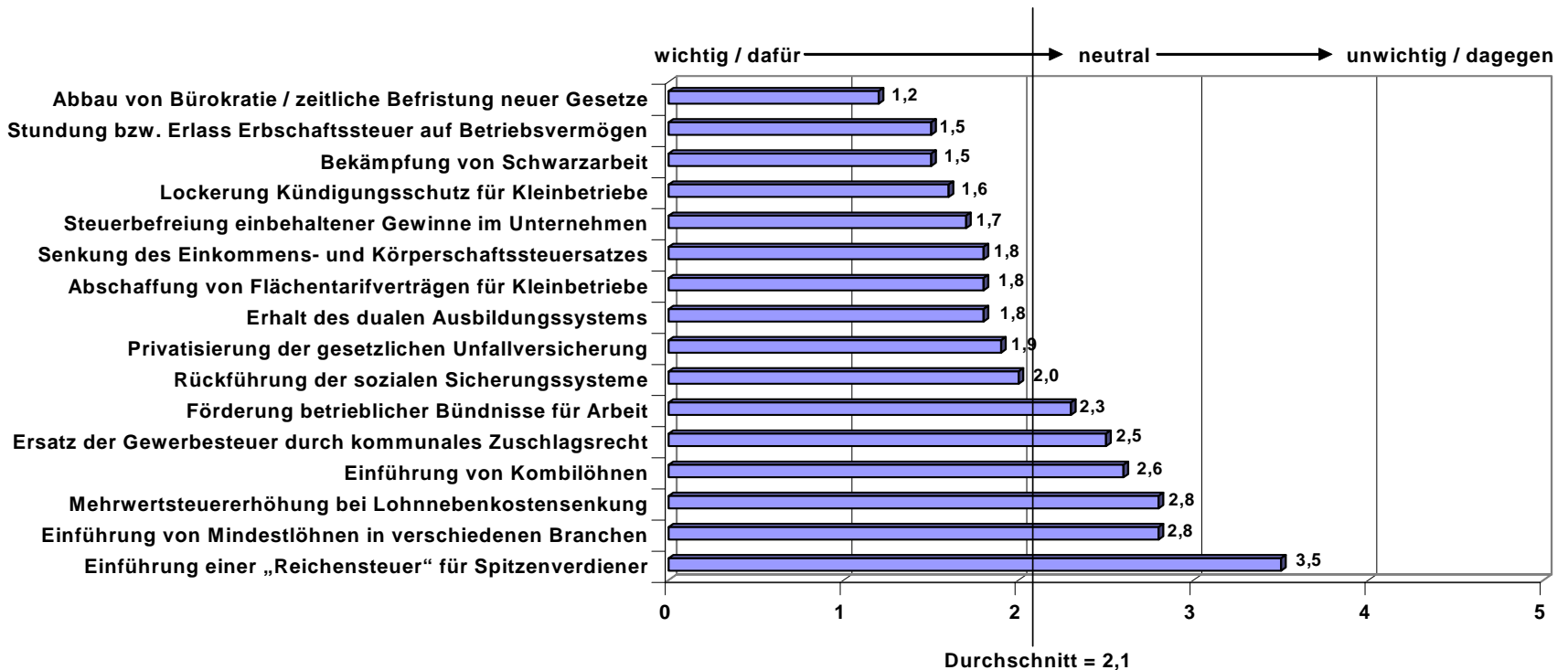
(Durchschnitt: 15,4 Mitarbeiter, 1,4 Auszubildende)

Handlungsbereiche (nach Wertungsziffern)



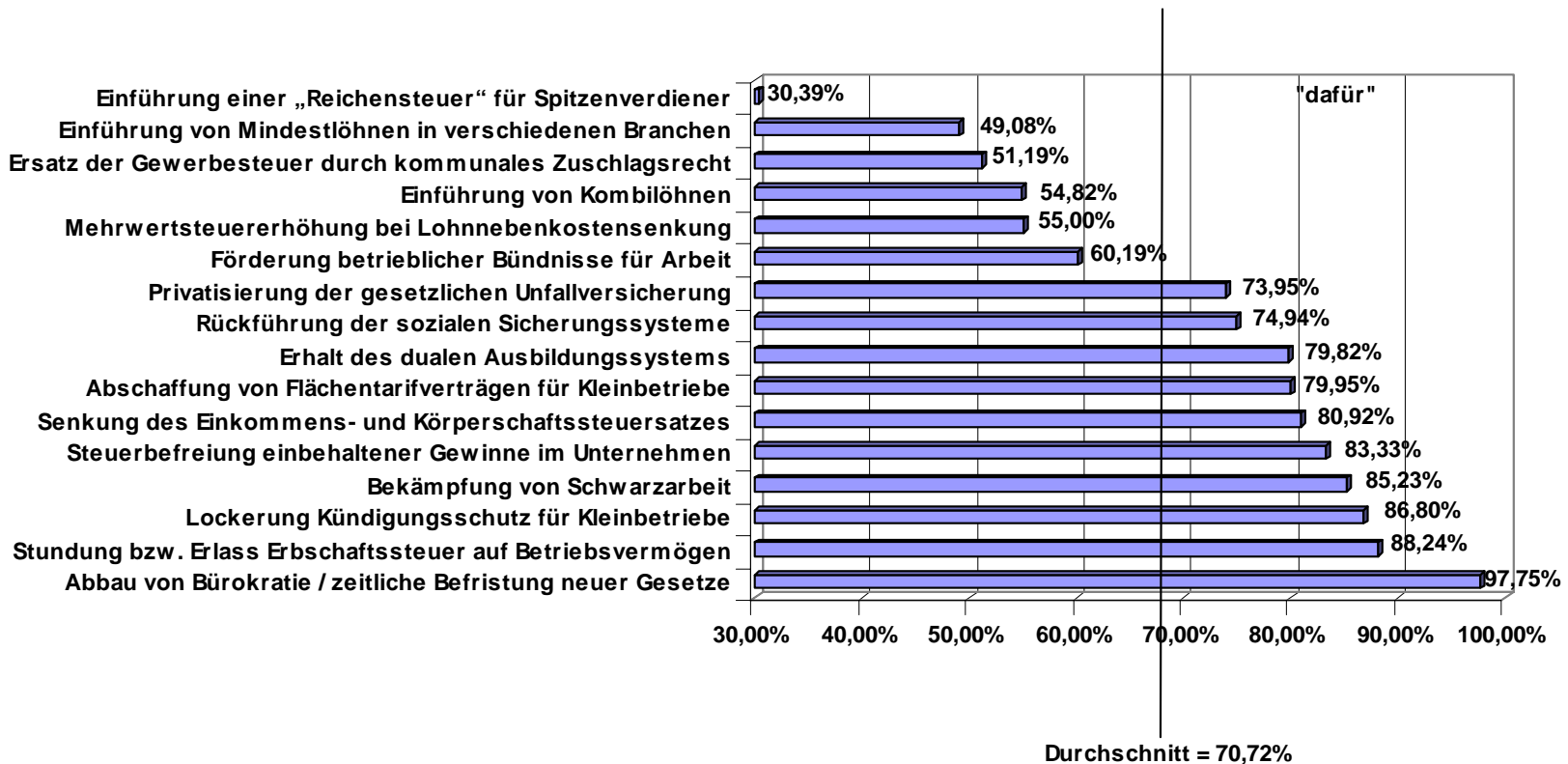
Handlungsfelder (nach Wertungsziffern)

Politische Handlungsfelder (n = 419 bis 447)



Handlungsfelder (nach Zustimmung)

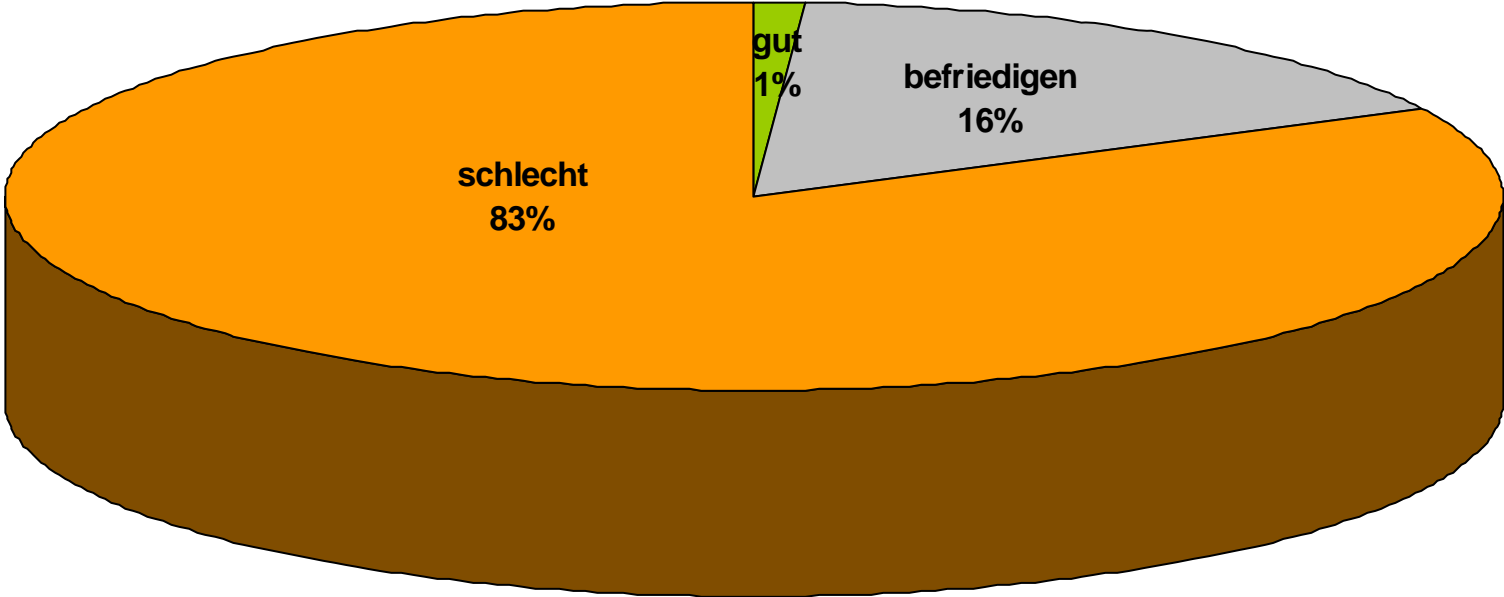
Politische Handlungsfelder (n = 419 bis 447)



(Dafür = Wertungsziffern 1 und 2)

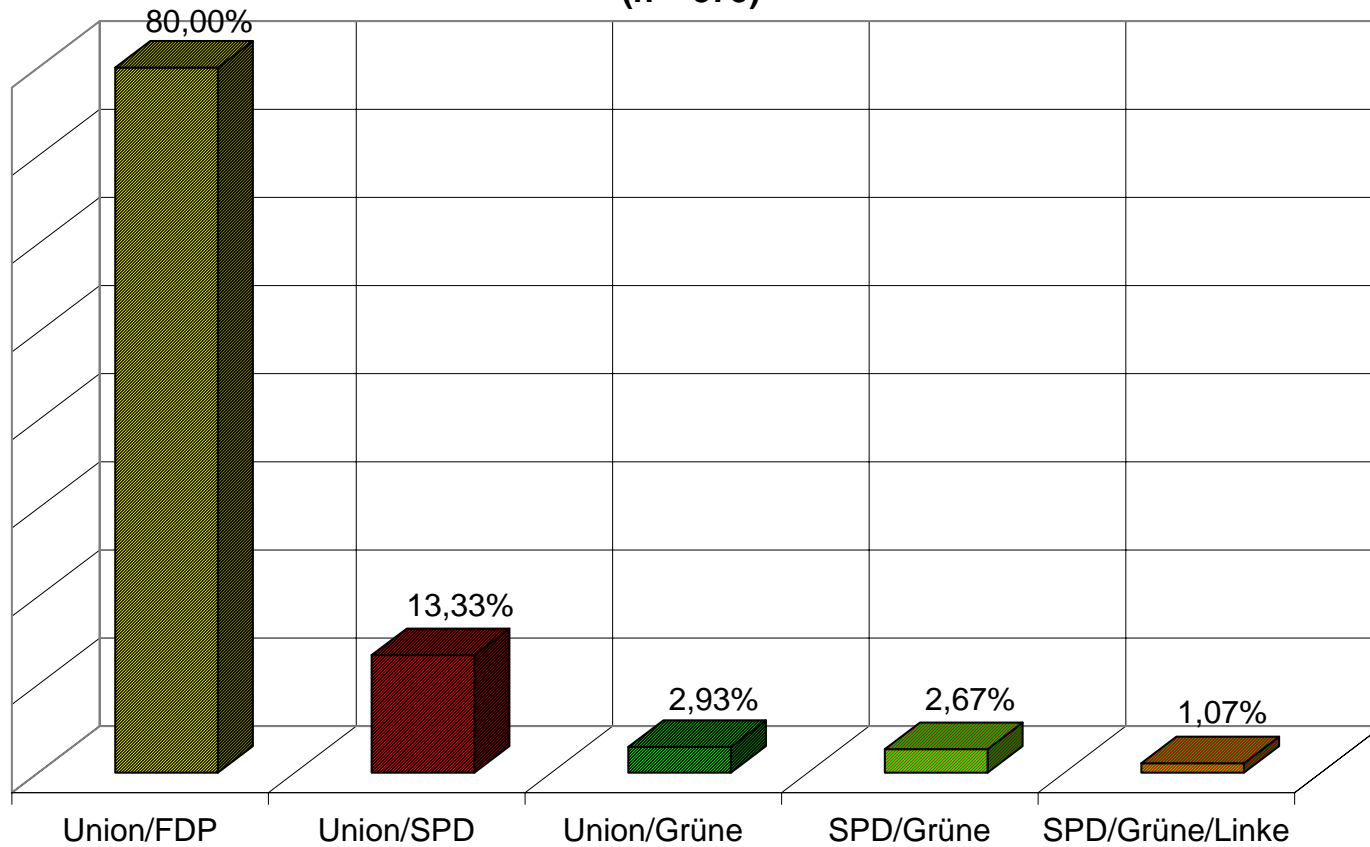
Zufriedenheit Bundesregierung

Zufriedenheit mit der derzeitigen Bundesregierung (n=432)



Gewünschte Parteienkonstellationen

Welche Parteienkonstellation verdient derzeit Ihr größtes Vertrauen?
(n = 375)



Fehler der Politik

Fehler der Politik	Rang
Die Unwahrheit sagen	1
Die Steuern erhöhen	2
Den Reformstau aufrechterhalten	3
Den Bürokratieabbau verzögern	4
Keine Perspektiven geben	5
Das Geld verschwenden	6
Die Sozialleistungen beibehalten	7
Politik für Konzerne betreiben	8
Zu sehr auf die Gewerkschaften hören	9
Weitere Subventionen schaffen	10

Fazit 1

- Die Umfrage bildet die Meinung des selbständigen Mittelstands in Bayern ab. Alle Branchen und Unternehmensrechtsformen sind darin enthalten, wobei es anzumerken gilt, dass besonders „Kleinstunternehmen“ unterrepräsentiert sind.
- Die Unternehmen wünschen sich Reformen – in den unterschiedlichsten Bereichen. Das Hauptaugenmerk steht dabei allerdings nicht im Bereich der Steuern sondern in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.
- Der Abbau von Bürokratie steht für die die Unternehmen an erster Stelle, quer über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg. Angesichts von jährlichen Bürokratiekosten von über 40 Milliarden Euro (Quelle: Institut für Mittelstandsforschung, Bonn) – wobei besonders kleine Unternehmen davon betroffen sind – ein durchaus nachvollziehbares Ergebnis.
- Die finanzielle Basis ist für die Unternehmen u.a. im Hinblick auf die geringe Eigenkapitalquote angesichts besonders wichtig. Festgemacht werden kann dies an der gewünschten Reform der Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen und dem Wunsch nach der steuerlichen Entlastung einbehaltener Gewinne.
- Die Unternehmen wollen faire Wettbewerbsbedingungen, besonders im Hinblick auf die Schwarzarbeit. Die Schwarzarbeit schadet nicht nur den öffentlichen Kassen (elf Prozent Steuerhinterziehungsquote bei der Mehrwertsteuer, Quelle: ifo Institut, München) sondern auch die Unternehmen (rund 364 Milliarden Euro werden jährlich „schwarz“ umgesetzt, Quelle: IAW/Prof. Schneider, Tübingen/Linz).

Fazit 2

- Die Unternehmen wünschen mehr Freiräume. Dies zeigt sich an der Forderung, den Kündigungsschutz für Kleinbetriebe zu lockern (gilt besonders für Unternehmen mit zehn bis 20 Mitarbeitern und über 50 Mitarbeitern), an der Ablehnung von staatlichen Eingriffen in das duale Ausbildungssystem (Stichwort Ausbildungsplatzabgabe) und an dem Wunsch, die gesetzliche Unfallversicherung zu privatisieren.
- Einige, derzeit intensiv im Wahlkampf diskutierte Themen spielen für die Unternehmen eine eher untergeordnete Rolle bzw. werden sogar abgelehnt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang z.B. die Erhöhung der Mehrwertsteuer bei gleichzeitiger Absenkung der Lohnnebenkosten, die Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen sowie die Einführung einer „Reichensteuer“ für Spitzenverdiener.
- Die Unternehmen sind mit der derzeitigen Bundesregierung unzufrieden. Lediglich ein relativ geringer Teil bewertet die Politik von rot-grün „gut“ oder „befriedigend“.
- Die Unternehmen wollen einen Wechsel. Sie wünschen sich eine unionsgeführte Bundesregierung, primär in Zusammenarbeit mit der FDP. Eine Weiterführung von rot-grün bzw. eine Linksregierung aus SPD/Linke/Grüne lehnen sie ab. Auch eine große Koalition von Union/SPD ist für die Unternehmen keine sinnvolle Alternative.
- Die Unternehmen wünschen sich eine unabhängige Bundesregierung, die kostenbewusst verändert und dabei Vertrauen schafft und Perspektiven gibt, indem sie den Sozialstaat umbaut und mehr auf die Regeln des Marktes eingeht.